

"Mit denen setze ich mich nicht an einen Tisch!"

Modelle von Streitvermittlung in multikulturellen Stadtgesellschaften

HSFK-REPORT 9/1997

Zusammenfassung:

Die Zuwanderung von Menschen aus den verschiedensten Nationen und Kulturkreisen führt zu Veränderungen westlich geprägter Stadtgesellschaften. Insbesondere für die Verwaltung schafft Zuwanderung ständig neue Situationen und Probleme, für die häufig noch keine Regelungen existieren. Die traditionellen Strukturen kommunaler Administration sind insbesondere dann nicht mehr in der Lage zu reagieren, wenn es zu Konflikten in interkulturellen Beziehungsformen kommt.

Traditionelle Konfliktlösung nach westlichem Vorbild beruht auf der Vorstellung gewachsener demokratischer Werte und institutioneller Strukturen. Konflikten wird herkömmlicherweise mit formalen ordnungs- oder polizeirechtlichen Maßnahmen zu begegnen versucht. Bei Problemen im interkulturellen Zusammenleben zeigen diese Maßnahmen nicht immer die erhoffte Wirkung.

Vermittlungsmodelle, bei denen durch neutrale Dritte versucht wird, die Konfliktbearbeitung in die Hände der Streitpartner zu legen, versprechen nach Erfahrungen in verschiedenen amerikanischen Kommunen aus diesem Dilemma herauszuführen. Sie ermöglichen, den Gang zu den traditionellen Streitvermittlungs- und -schlichtungsinstanzen zu vermeiden. Mit den Methoden "konstruktiver Konfliktbearbeitung" wie z. B. der Mediation und dem Verhandeln nach dem Harvard-Konzept haben Kommunen in vielen Städten der Welt bereits positive Erfahrungen in "community mediation" (Stadtteilvermittlung) machen können.

Auch in der BRD gibt es inzwischen eine ganze Reihe von Versuchen mit dem Modell der "Mediation", und zwar als Angebot sowohl auf kommunaler wie auch auf privater Ebene für Konflikte in Schulen und auf der Straße. Selbst bei komplexeren Konflikten in Auseinandersetzung um ökologische Probleme hat man sich dieses Verfahrens zu bedienen versucht - bisher allerdings nur mit vereinzelten Erfolgen.

Die in den USA entwickelten Strategien zur kommunalen Streitschlichtung waren Ausgangspunkt eines EU-Modellprojekts "Stadtteilvermittlung", das die Stadt Frankfurt unter Federführung des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten konzipierte und dessen Voraussetzungen, Werdegang und aktuelle Strukturen in dem Report beschrieben werden. An Beispielen aus der praktischen Vermittlungsarbeit in Frankfurter Stadtteilen wird dieses Konzept verdeutlicht.

Es versteht sich von selbst, daß mit diesem Konzept in solchen Konflikten nicht vermittelt werden kann, die gesellschaftlich-strukturelle Ursachen haben, die Gegenstand politischer oder privatrechtlicher Auseinandersetzungen sind oder die an Straftatbestände rühren. Das Mediationsverfahren hat sich als eine unter anderen Möglichkeiten der konstruktiven Konfliktbearbeitung erwiesen. Neben der reinen Vermittlungsarbeit gibt es eine ganze Reihe von Zugängen, in Konfliktprozessen deeskalierend zu wirken - angefangen bei der Akzeptanz der Streitpartner, die sich häufig in ihrem Anliegen zum ersten Mal angenommen fühlen, bis hin zu kleinen, unbürokratisch organisierten Hilfeleistungen auf dem Weg durch den "Ämterdschunel".

Folgende Voraussetzungen sind nach den Frankfurter Erfahrungen von zentraler Bedeutung: Wenn eine Kommune die Verantwortung für Konfliktfälle nach dem Modell von Stadtteilvermittlung übernimmt, muß sie eine kommunale Stelle schaffen, die unabhängig genug ist, als Mittlerin zwischen

Bürgerinnen und Bürgern sowie den traditionellen kommunalen Ämtern zu vermitteln. Man braucht qualifizierte Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen, die die Vermittlungsarbeit moderieren - angefangen von einer an professionellen Standards orientierten Schulung über die organisatorische Begleitung während der Vermittlungsarbeit bis hin zu dem Abschluß eines Streitfalles. Und schließlich muß für eine qualifizierte Supervision bzw. kollegiale Beratung gesorgt werden, die eine permanente Reflexion des Vermittlungsgeschehens erlaubt und die die interne Vernetzung aller an der Vermittlung beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Modell für eine Vernetzung von Ressourcen im Stadtteil mit den städtischen Ämtern und privaten Initiativen macht.